

# **Protokoll des Bayerischen Journalistentages**

## **Mitgliederversammlung des BJV**

**am 12. Mai 2012 in Deggendorf**

### **Tagesordnungspunkt I. 1.: Begrüßung durch den Vorsitzenden/Festlegung der Tagesordnung/Wahl des Tagungspräsidiums**

Der 1. Vorsitzende des Bayerischen Journalisten-Verbandes, Dr. Wolfgang Stöckel, eröffnet die Mitgliederversammlung um 10.45 Uhr. Zunächst weist Dr. Stöckel darauf hin, dass die Mitgliederversammlung aufgezeichnet wird. Daraufhin begrüßt er die Gäste, den DJV-Bundesevorsitzenden Michael Konken, den Vorsitzenden des DJV-Landesverbands Hessen, Ulrich Heuser, die stellvertretende Vorsitzende des DJV-Landesverbands Thüringen, Heidje Beutel, den Beisitzer im DJV-Landesverband Berlin, Thomas Leidel, sowie Dr. Marlies Prinzing, die Referentin des Impulsreferats. Weiter begrüßt Dr. Stöckel den Landrat Christian Bernreiter, die BJV-Ehrenmitglieder Günter Weislogel und Frauke Ancker, den Vertreter der Presseversorgung, Herrn Pohlmann, und der DKV, Herrn Brenner, und übergibt das Wort an die Vorsitzende des gastgebenden Bezirksverbandes Niederbayern-Oberpfalz, Daniela Albrecht.

Daniela Albrecht begrüßt ebenfalls die Teilnehmer herzlich. Im Anschluss daran bittet Dr. Stöckel alle Teilnehmer, sich zum Gedenken an die Toten von ihren Plätzen zu erheben. Insbesondere erwähnt er Dr. Erich Geiersberger, den langjährigen Vorsitzenden des BJV, der im April verstorben ist. Er war 15 Jahre Vorsitzender des BJV. Unter seinem Vorsitz wurde das Bildungs- und Sozialwerk gegründet, auch hat er an der Gründung der Akademie der Bayerischen Presse mitgewirkt.

Wolfgang Stöckel stellt fest, dass zum Bayerischen Journalistentag form- und fristgerecht eingeladen wurde. Für das Tagungspräsidium schlägt er Michael Helmerich und Alois Knoller vor. Diese werden einstimmig in das Tagungspräsidium gewählt.

Das gewählte Tagungspräsidium nimmt seine Arbeit auf, begrüßt ebenfalls die Teilnehmer und lässt die mit der Einladung verschickte Tagesordnung genehmigen. Diese wird einstimmig angenommen. Des weiteren weist das Tagungspräsidium darauf hin, dass die Teilnehmer sich als Delegierte für den DJV-Verbandstag im November in die Delegiertenliste eintragen lassen können. Diese werde um 13.30 Uhr geschlossen.

Es schließt sich das Grußwort des Landrats von Deggendorf, Christian Bernreiter an. Dieser gibt einen kurzen Überblick über die Situation des Landkreises Deggendorf und weist insbesondere auf die Ausstellung Pressefoto Bayern 2011 in der Deggendorfer Sparkasse hin, die dort um 18.30 Uhr eröffnet werden wird.

Hieran schließt sich das Impulsreferat von Prof. Dr. Marlies Prinzing von der Macromedia Hochschule in Köln zur Medienethik an. Die Medienethik sei der Kompass für die Journalisten. Nur wer wertgeleitet handle, könne auch wertvolle Ergebnisse erzielen. Die Medienethik spiele eine wichtige Rolle beim Image und der Glaubwürdigkeit von Medien. Sie sei dazu geeignet, dem Journalisten eine Richtschnur im Spannungsfeld zwischen Sensationsgier und Qualitätsjournalismus zu geben. Das Ansehen der Journalisten sei sehr gesunken, Journalisten würden misstrauisch als Störenfriede beäugt. Druck auf den Journalisten werde durch Verleger, Medienmanager, Anzeigenkunden, Anwälte und den Leser ausgeübt. Noch nie sei die journalistische Arbeit so entwertet worden wie derzeit durch den sinkenden Stellenwert und durch die sinkenden Ressourcen. Langfristig würde dadurch die Demokratie ausgehöhlt, ebenso die Glaubwürdigkeit. Pflicht des Journalisten sei eine wertunabhängige, kritische Berichterstattung, der Journalist trage zu einer gesunden Demokratie bei und habe eine vergleichbare Verantwortung wie ein Arzt. Die Medienethik gebe den Schlüssel für Selbstreflexion und Handlungsgewissheit des Journalismus. Der Journalist dürfe auch nicht für jede Folge seines Berichts verantwortlich gemacht werden, dies wäre der Tod jedes kritischen Journalismus. Marlies Prinzing erläutert

ihre Thesen an zwei Beispielen. Erstes Beispiel: Darf der Leichnam Gaddafis gezeigt werden? Es gibt drei mögliche Vorgehensweisen: 1. Ablehnung, den Leichnam zu zeigen, 2. eine einmalige Veröffentlichung zur Dokumentation eines zeitgeschichtlichen Ereignisses, 3. eine ständig wiederholte Zurschaustellung der Bilder. Hier könne nur die Medienethik dem Journalisten das richtige Verhalten empfehlen. Zweites Beispiel: Fotos von Kriegsverbrechen in Vietnam: Hier ergab sich aus der Ethik die Pflicht, die Bilder zu zeigen.

Marlies Prinzing äußert sich sehr positiv, dass das Thema Medienethik beim diesjährigen Journalistentag mit einem Impulsreferat erörtert werde, da dies ein essentiell wichtiges Thema sei. Sie empfiehlt eine Plattform zu schaffen, um wieder ein Wertebewusstsein zu positionieren, denn dieses stelle ein ganz besonderes Kriterium eines qualifizierten Journalismus dar. Abschließend regt Marlies Prinzing eine Initiative „Glaubwürdigkeit im Journalismus“ an. Es gehe um eine Neuvermessung der Medienethik, um eine praktische Handreichung, wie medienethische Aspekte in der täglichen Arbeit implementiert werden könnten. Die Medienethik müsse wieder eine größere Anerkennung im Journalismus finden.

An den Impulsvortrag schließt sich eine angeregte Diskussion der Teilnehmer an.

Es folgt die Ansprache des DJV-Vorsitzenden Michael Konken. Er geht in seiner Rede zunächst darauf ein, was der DJV für freie Journalisten tut und nennt hier als vorrangiges Ziel die Umsetzung der Gemeinsamen Vergütungsregeln, da faire Honorare unabdingbar für qualitätsvolle journalistische Arbeit seien. Er blickt nochmals auf die Tarifrunde Tageszeitungen zurück und erwähnt auch den Haustarifvertrag, der beim Schwarzwälder Boten nach über 100 Streiktagen erkämpft werden konnte. Ein wichtiges Ziel des DJV sei es, in OT-Betrieben Haustarifabschlüsse zu erzielen, um so wieder einen breiteren Geltungsbereich für Tarifverträge zu erreichen. Hierfür seien auch Streikmaßnahmen nötig, weshalb es wichtig sei, dass der Streikfonds ausreichend aufgefüllt werde. Er dankt insbesondere den bayerischen Kolleginnen und Kollegen für ihre Streikbereitschaft in der vergangenen Tarifrunde. Von Bayern ging ein Signal auch auf die anderen Landesverbände aus. Des Weiteren geht er auf die Kampagne „Wert des Journalismus“ des DJV ein. Die Medienkompetenz müsse noch weiter verstärkt werden, denn wenn die Medienkompetenz fehle, fehle die Basis für die Anerkennung von gutem Journalismus und damit für guten Journalismus selbst. Er erwähnt auch die Veranstaltung zur Pressefreiheit in Brüssel mit dem Thema, wie es in anderen Ländern, insbesondere in osteuropäischen Ländern, mit der Pressefreiheit bestellt sei. In anderen Ländern in Europa gebe es hier massive Probleme, beispielsweise in Montenegro. Er geht abschließend darauf ein, dass der Journalismus vor gravierenden Umwälzungen stehe.

Im Anschluss hierauf wird einstimmig die BJV-Geschäftsführerin für die Protokollführung bestätigt.

## **Tagesordnungspunkt I. 2.: Bericht des Vorstandes (Geschäftsbericht)**

Dr. Wolfgang Stöckel gibt in seinem Bericht einen Überblick über die Schwerpunkte der BJV-Aktivitäten des vergangenen Jahres seit der Mitgliederversammlung in Neumarkt. Zunächst waren die Aktivitäten geprägt von den Streiks im Zusammenhang mit den Tarifverhandlungen für Redakteurinnen und Redakteure an Tageszeitungen. Dr. Stöckel erinnert insbesondere an die Kundgebung auf dem Münchner Marienplatz, bei der sich kurzfristig auch der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude für faire Arbeitsbedingungen im Journalismus ausgesprochen hatte. Dr. Stöckel erwähnt den renommierten Redakteur bei der Süddeutschen Zeitung, Hans Holzhaider, der bei der Kundgebung das Mikrophon ergriffen und erklärt habe, er habe seit 40 Jahren nicht gestreikt, nun sei es jedoch angesichts der drastischen Forderungen der Verleger, die Abstriche von bis zu 30% für Neueinsteiger gefordert hätten, nötig, um dies abzuwenden. Insgesamt seien die Tarifverhandlungen äußerst personalintensiv, aufwendig und aufgrund der erforderlichen Streikkundgebungen, etc. auch teuer gewesen. Als weiteren Schwerpunkt der BJV-Aktivitäten nennt Dr. Stöckel die Gemeinsamen Vergütungsregeln, die bisher nur für Texte im Tageszeitungsbereich gelten, jedoch auch dort von den Verlagen kaum angewandt werden. Hier sei nach wie vor viel Arbeit zu leisten. Er erwähnt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Bayerischen Versammlungsgesetz. Ein breites Bündnis, an dem sich

auch der BJV beteiligte, hatte vor dem Verfassungsgericht in Karlsruhe gegen das CSU-Gesetz geklagt und erreicht, dass das Gericht in einer einstweiligen Anordnung weite Teile des umstrittenen Bayerischen Versammlungsgesetzes außer Kraft setzte. Das Gesetz wurde daraufhin zurückgezogen, das Verfahren nun formell auch vom Bundesverfassungsgericht per Urteil beendet.

Weiter sei der Datenschutz und insbesondere der Informantenschutz weiter ein wichtiges Thema für den BJV. Hier müsse man auch aufpassen, dass die deutschen Datenschutzstandards durch die geplante EU-Verordnung zum Datenschutz nicht verschlechtert würden. Nach wie vor gebe es in Bayern kein Informationsfreiheitsgesetz. In zahlreichen anderen Bundesländern sei inzwischen ein solches in Kraft. Hierfür werde man sich weiterhin auch in Bayern einsetzen.

Auch außerhalb Bayerns engagiere sich der BJV insbesondere für die Pressefreiheit in Osteuropa. Hier habe man vor allem intensive Kontakte nach Montenegro und habe dort vor Ort bereits Gespräche geführt. Ein Schwerpunkt war auch die beunruhigende Entwicklung in Ungarn. Die Situation dort habe man in zwei Podiumsdiskussionen kritisch beleuchtet.

Dr. Stöckel geht insbesondere auf die in Sachen Medienpolitik geführten Gespräche mit dem neuen bayerischen Medienminister Thomas Kreuzer, dem FDP-Bundestagsabgeordneten Joachim Spatz sowie mit Vertretern der Grünen ein, bei denen der BJV seine medienpolitischen Ziele (insbesondere auch bei den Arbeitsbedingungen für freie Journalisten, im Bereich Urheberrecht, Personalvertretungsrecht, Rückkehr zum bundeseinheitlichen Presseausweis), deutlich gemacht habe. Er habe kürzlich am Medienfrühstück der SPD teilgenommen. Auch dort habe man die Positionen des BJV zu den genannten Problemen dargelegt. Die SPD bereite eine große Anfrage vor, in die noch Fragen des BJV einfließen könnten.

Dr. Stöckel spricht sich dafür aus, dass die Medienethik im Journalismus wieder größere Beachtung finden müsse. Deshalb habe man für das Impulsreferat Dr. Prinzing gewinnen können, um die Bedeutung dieses Themas für die Zukunft des Journalismus zu unterstreichen.

Daraufhin geht Dr. Stöckel in einer kurzen Vorschau auf die Diskussion um die beantragte Beitragserhöhung des BJV ein. Er warnt vor einer Diskussion, die feste und freie Journalisten auseinanderdividiere. § 1 der BJV-Satzung schreibe ausdrücklich fest, dass der Verband als Berufsorganisation und Gewerkschaft die Interessen seiner hauptberuflich journalistisch tätigen Mitglieder vertrete, dies seien sowohl feste als auch freie Journalisten. Es müsse weiterhin der Grundsatz der Solidarität der Festen mit den Freien und der Freien mit den Festen gelten, nur so könne der BJV erfolgreich sein. Hinsichtlich der Qualitätsdiskussion des Journalismus säßen feste und freie Journalisten in einem Boot, deshalb wäre es fatal, hier eine Spaltung zu bewirken. Im Zusammenhang mit der geplanten Beitragserhöhung erläutert Dr. Stöckel auch die Notwendigkeit, den DJV-Streikfonds wieder rasch aufzufüllen, was erhebliche finanzielle Mehrbelastungen für den BJV mit sich bringe.

Deutlich weist er den Vorwurf zurück, der BJV wäre für seine Freien nicht aktiv. Als Beispiele hierfür nennt er die Seminare, die der BJV hauptsächlich über das Bildungs- und Sozialwerk durchführt. Diese richteten sich überwiegend an freie Journalisten. Auch beim Rechtsschutz entstünden die überwiegenden Kosten für Freie. Dies sei keinerlei Kritik, sondern zeige, wie sich der BJV auch für die Freien einsetze. In diesem Zusammenhang geht Dr. Stöckel auf den Fragenkatalog, den Herr Bonfig zum Etat gestellt hat, ein und äußert, dass ihn dieser sehr an den Fragenkatalog, den Conen beim DJV gestellt habe, erinnere. Herr Bonfig weist die Unterstellung, die Fragen seien die von Herrn Conen, empört zurück.

Dr. Stöckel erwähnt des Weiteren, dass der BJV im kommenden Jahr eine neue Mitglieder-Software benötige. Aufgrund der Umstellung der Kontendaten könne mit der alten Software nicht weitergearbeitet werden. Auch der Onlineauftritt und der BJV-report bedürften einer Erneuerung. In dem dafür vorgesehenen Betrag sei auch eine nicht unerhebliche Abfindung für den bisherigen Verlag enthalten. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass auch andere DJV-Landesverbände bei ihren diesjährigen Mitgliederversammlungen die Beiträge erhöht hätten.

### **Tagesordnungspunkt I. 3.: Bericht des Schatzmeisters**

Es schließt sich der Bericht des Schatzmeisters an. Peter Nützel erläutert, dass die Ausgaben gegenüber dem Haushaltsvoranschlag deutlich gesenkt werden konnten. Dies sei vor allem den stark zurückgegangenen Rechtsschutzkosten zu verdanken, da die festangestellten Juristinnen und Juristen viele Rechtsfälle selbst bearbeiten konnten. Trotzdem mussten noch € 92.000 aus den Rücklagen entnommen werden. Somit seien die Rücklagen seit 2009 um ca. € 284.000 geschmolzen und betrügen nunmehr nur noch 32% eines Jahresumsatzes. Im laufenden Jahr und noch stärker in 2013 kämen viele Mehrausgaben auf den BJV zu, auch durch die Besteuerung der Presseausweise für Mitglieder. Erhöht würden auch die Zahlungen an den Streikfonds des DJV und die Ausgaben für die Strukturhilfe finanzschwacher Landesverbände. Der Relaunch des BJV-report sowie des Internetauftritts, die dringend geboten waren, seien ebenfalls kostenaufwendig. Auch müsse, wie Dr. Stöckel bereits erwähnt habe, ein neues leistungsfähigeres Mitgliederverwaltungssystem angeschafft werden. Deshalb habe der Geschäftsführende Vorstand und der Landesvorstand beschlossen, die Mitglieder um eine Beitragserhöhung zu bitten. Diese Entscheidung habe man sich nicht leicht gemacht. Es sei mit 2002 erst die zweite Beitragsanpassung in seinen nunmehr 17 Jahren als Schatzmeister. Ohne diese Beitragserhöhung würde in 2012 ein Defizit von € 144.000 auflaufen. Deshalb bitte er, für die dringend notwendige Beitragserhöhung zu stimmen.

An den Bericht des Schatzmeisters schließt sich die Mittagspause von 12.30 Uhr bis 13.00 Uhr an. Um 13.00 Uhr wird die Mitgliederversammlung fortgeführt mit dem Grußwort der Bürgermeisterin der Stadt Deggendorf. Es schließt sich der Tagesordnungspunkt I. 4. Bericht der Kassenprüfer an.

### **Tagesordnungspunkt I. 4.: Bericht der Kassenprüfer**

Markus Hack, als Sprecher der Kassenprüfer, berichtet über die am 25.04.2012 erfolgte Prüfung in der Geschäftsstelle des BJV.

Anwesend waren Geschäftsführerin Jutta Müller und Schatzmeister Peter Nützel. Beide hätten die Zahlen in übersichtlicher und transparenter Form präsentiert. Alle geforderten Auskünfte seien detailliert und umfassend erteilt worden.

Auffällige Bewegungen habe es vor allem beim BJV-report gegeben. Hier seien die Kosten von knapp 80.000 Euro im Jahr 2010 auf über 173.000 Euro im Jahr 2011 gestiegen. Jutta Müller und Peter Nützel hätten plausibel darlegen können, dass es sich hierbei um einmalige Kosten in Zusammenhang mit dem Relaunch des Mitgliedermagazins handelte. Eine weitere Auffälligkeit stellte die Kostensteigerung beim Posten Webcontent/Design dar. Hier seien die Kosten von knapp 11.000 Euro im Vorjahr auf rund 70.500 Euro im Jahr 2011 gestiegen. Im Berichtsjahr 2011 seien entsprechende Investitionen in den Internetauftritt des BJV getätigt worden.

Im Gegensatz zum Vorjahresbericht habe man für das Jahr 2011 einen deutlichen Rückgang bei den Ausgaben für Rechtshilfe feststellen können, was daran liege, dass die mittlerweile fünf Juristinnen und Juristen in der Geschäftsstelle viele Fälle selber bearbeiten konnten. Die veranschlagten Kosten seien sehr exakt eingehalten und an vielen Stellen sogar unterschritten worden, dennoch habe man auch 2011 die Rücklagen angreifen müssen.

Gerne bescheinige er Peter Nützel eine gewissenhafte Tätigkeit als Schatzmeister und bedanke sich für die transparente und übersichtliche Darstellung der Finanzlage. Er dankte auch den Buchhalterinnen Sybille Hildebrand und Karina Pahl

Markus Hack beantragt uneingeschränkt die Entlastung des Schatzmeisters und des Geschäftsführenden Vorstandes.

## **Tagesordnungspunkt I. 5.: Aussprache**

Reinhold Bonfig meldet sich zu Wort und erklärt zunächst, dass er keinerlei Ambitionen auf ein Amt im BJV habe. Er störe sich aber an der Beitragserhöhung. Zwischen 2009 und 2011 seien € 317.000 aus den Rücklagen genommen worden, ohne gegenzusteuern. Insbesondere fragt er, ob eine Ausschreibung beim report gemacht wurde und warum man beim report so über Plan gelegen habe. Hierzu nimmt Dr. Stöckel Stellung. Des weiteren stellen Wolfgang Seemann und Ulf Froitzheim, der die Abfindung für den bisherigen Verlag des report thematisiert, und Bernd Schöne, der fragt, warum der Umbau der Webseite und des report nötig gewesen sei, weitere Nachfragen. An der Diskussion beteiligen sich rege weitere Mitglieder wie Kornelia Doren, Daniela Albrecht, die ein Plädoyer für einen zeitgemäßen Auftritt des report und der BJV-Webseite hält, und Werner Wunder, der erläutert, dass die Redaktion doch auch vom Tümmels Verlag gezahlt werde, dies habe Herr Dr. Stöckel so mitgeteilt. Die Geschäftsführerin entgegnet hierauf, dass dies unzutreffend sei und dass niemals davon die Rede gewesen sei, dass auch die Redaktionskosten der neue Verlag trage. Weitere Redner bei der Aussprache sind Klaus Reindl sowie nochmals Reinhold Bonfig, der im Laufe der Diskussion die Kündigung der BJV-Mitgliedschaft ausspricht und ein Kündigungsschreiben der Geschäftsführerin übergibt.

## **Tagesordnungspunkt I. 6.: Entlastung**

Es wird eine schriftliche Abstimmung über die Entlastung des Vorstandes beantragt. Die schriftliche Abstimmung wird durchgeführt. Der Schatzmeister und der Geschäftsführende Vorstand werden mit 62 Stimmen bei 13 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen sowie einer ungültigen Stimme entlastet.

## **Tagesordnungspunkt II. 1.: Änderung der Beitragsordnung / Beitragserhöhung**

### **Tagesordnungspunkt II. 2.: Aussprache**

Die vom Landesvorstand beschlossene Änderung der Beitragsordnung sowie der Erhöhung der Beiträge wird, wie in der Einladung zur Mitgliederversammlung bereits im Einzelnen aufgeführt, vom Schatzmeister Peter Nützel, nochmals erläutert. Hierbei wird auch die Möglichkeit der Beitragsermäßigung nochmals ausdrücklich dargelegt.

Peter Nützel erläutert, warum 2012 eine Beitragserhöhung erforderlich sei. Er erinnert zunächst, dass vor zehn Jahren, 2002, im Zuge der Euroumstellung die letzte Beitragserhöhung beim BJV stattgefunden habe. Er habe es eigentlich als Schatzmeister bei dieser einen Beitragserhöhung belassen wollen, ein Ausgleich des BJV-Etats sei jedoch bei weiter sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben nicht mehr möglich. Seit 2009 hätten € 284.000 aus den Rücklagen entnommen werden müssen, ohne eine Beitragserhöhung kämen in diesem Jahr weitere € 144.000 hinzu, die Finanzreserve betrüge dann nur noch 26% des Jahresumsatzes. Der BJV müsse dazu investieren und steigende Ausgaben tragen. Die Besteuerung der Presseausweise für Mitglieder sei hier zu berücksichtigen, die höhere Zuzahlung zum Solidaritätsfonds des DJV, die erhöhte Strukturhilfe für finanzschwache Landesverbände. Der längst überfällige Relaunch des report und des Internetauftritts habe Geld gekostet und koste weiterhin Geld genauso wie die dringend benötigte neue Mitgliedersoftware. Diese sei aufgrund der neuen Überweisungsbedingungen erforderlich, aber auch, weil die Mitgliederverwaltung nicht in der Lage sei, bestimmte Statistiken zu ermöglichen. Er weist nochmals darauf hin, dass es vielfältige Ausgaben seien und dass man nicht allein zu Gunsten der Festangestellten den Beitrag erhöhen müsse. Man habe im Vorfeld selbstverständlich geschaut, wo man die Ausgaben so einsparen könne, dass eine Beitragserhöhung nicht nötig sei, dies wäre jedoch nicht ausreichend. Deshalb bitte er, die notwendige Beitragserhöhung zu beschließen, er stehe für alle Fragen und Anregungen gerne zur Verfügung.

Reinhold Bonfig äußert, dass er alle Infos vom Schatzmeister ausreichend erhalten habe. Bernd Schöne spricht sich gegen die Beitragserhöhung aus, da sich die Kollegen das nicht leisten könnten. Eine Erhöhung um € 2,00 sei okay, eine Erhöhung um € 4,50 zu viel. Auch Wolfgang Seemann spricht sich gegen die Beitragserhöhung aus, es müsse eine andere Steigerungsmodalität gefunden werden. Werner Wunder erklärt ebenfalls, der Beitragserhöhung nicht zuzustimmen, da der Vorstand sonst nicht gezwungen werde, mit den Beiträgen sparsamer umzugehen.

Michael Busch stellt folgenden dringlichen Antrag: „Die Mitgliederversammlung fordert den Vorstand auf, die Beitragssatzung in § 3 zu ändern. Hierzu sollen die Mitglieder Vorschläge einbringen.“ (Antrag G 4)

Gernot Brauer spricht zuerst die Frage der Proportionalität der Erhöhung an. Eine Erhöhung von € 25,00 auf € 29,50 beim Vollbeitrag entspräche einer Erhöhung von 18%. Alle Beitragsgruppen sollten um diesen selben Faktor proportional angehoben werden. Hier sieht er beim Vorschlag des Landesvorstands Überarbeitungsbedarf. Auch sollte die Beitragserhöhung auf zwei Etappen erfolgen. Ulf Froitzheim stellt ebenfalls anders gestaffelte Beiträge vor. Karl-Heinz Dix äußert sich über das Miss-trauen, das dem Vorstand hinsichtlich der Mittelverwendung entgegenschläge, sehr erstaunt, erklärt jedoch, dass er für eine andere Staffelung der Erhöhung offen sei. Laszlo Rajki verweist darauf, dass eine 40%ige Erhöhung bei Rentnern falsch sei. Man solle hier ebenfalls nur 18% erhöhen auf € 10,00. Er regt an, eventuell einkommensabhängige Beiträge (1%) zu erheben und die Erhöhung fair durchzuführen. Herr Glatzl entgegnet, dass man den Vorschlag des Landesvorstands nicht aufdröseln sollte, er stimme ausdrücklich für die Beitragserhöhung im Antrag G 1.

Dr. Stöckel zählt auf, was der Verband insgesamt an Aufgaben erfülle und dass vor diesem Hintergrund die Beitragserhöhung gerechtfertigt sei. Jutta Müller weist nochmals darauf hin, dass in § 3 der Beitragsordnung die Möglichkeit der Beitragsermäßigung vorgesehen sei und man stets Beitragsermäßigungen gewähre, wenn die Mitglieder finanziell überfordert wären. Die zum Teil wirtschaftlich schwierige Situation der Journalisten sei bekannt, man versuche hierauf immer angemessen einzugehen. Frau Ancker spricht sich dagegen aus, die Beiträge konkret am Einkommen der Mitglieder festzumachen und 1% hiervon zu verlangen, dies sei in der Praxis nicht umsetzbar. Ulf Froitzheim macht den Vorschlag, dass grundsätzlich Freie einen geringeren Beitrag zahlen sollten als Festangestellte. Jutta Müller erwidert, dass sie dies nicht als fair betrachte, da es Freie gebe, die durchaus sehr gut verdienten und mehr, als Festangestellte, und es Festangestellte gebe, die sehr geringe Einkommen hätten. Es sei gerechter, dies über eine Beitragsermäßigung im Einzelfall zu regeln.

### **Tagesordnungspunkt II. 3.: Genehmigung der Änderung der Beitragsordnung**

Sodann werden die Anträge G 2, G 1 und G 4 zur Abstimmung gestellt, da sie die Beitragserhöhung betreffen und deshalb bereits hier abgehandelt werden müssen. Zunächst wird über Antrag G 2 abgestimmt. Es stimmen 6 Mitglieder dafür, 7 enthalten sich, die übrigen Stimmberechtigten stimmen dagegen, Antrag G 2 ist damit nicht angenommen. Es wird Antrag G 1 aufgerufen. Antrag G 1 wird bei 16 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen angenommen. (Dringlichkeits-)Antrag G 4: Antrag G 4 wird bei 2 Enthaltungen angenommen.

Im Anschluss werden die Stimmzettel für die Wahl der Delegierten zum DJV-Verbandstag ausgeteilt.

### **Tagesordnungspunkt II. 4.: Haushaltsvoranschlag 2012**

Der Schatzmeister, Peter Nützel, stellt den Haushaltsvoranschlag 2012 vor.

### **Tagesordnungspunkt II. 2. und 3.: Aussprache und Genehmigung des Haushaltsvoranschlags**

Nachfragen und Redebeiträge zum Haushaltsvoranschlag 2012 erfolgen nicht. Der Haushaltsvoranschlag wird mit 3 Gegenstimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

### **Tagesordnungspunkt III. 1.: Wahl eines Ehrenmitgliedes**

Dr. Stöckel schlägt vor, das frühere Geschäftsführende Vorstandsmitglied, Dr. Wolfgang Soergel, als Ehrenmitglied des BJV zu wählen. Dr. Soergel habe sich 18 Jahre im Vorstand des BJV sehr für die Belange der Journalisten eingesetzt. Er habe jedoch nicht nur so lange im Vorstand mitgearbeitet, sondern das Betriebsräteseminar in Kainsbach ins Leben gerufen und zu einer Institution bei der Schulung der BJV-Betriebsräte gemacht. Auch habe er als Erster im gesamten DJV sehr erfolgreich das Mentoring-Programm beim BJV eingeführt, das nach wie vor äußerst erfolgreich durchgeführt werde. Deshalb gebühre Dr. Soergel die Ehrenmitgliedschaft. Bei einer Gegenstimme wird Dr. Soergel im Anschluss zum Ehrenmitglied des BJV gewählt.

### **Tagesordnungspunkt III. 2.: Wahl der Delegierten zum DJV-Verbandstag 2012:**

- |                                 |                                 |
|---------------------------------|---------------------------------|
| 1. Soergel Dr. Wolfgang (42)    | 28. Kögler Günter (17)          |
| 2. Weislogel Günter (39)        | 29. Kubec Eckehardt (17)        |
| 3. Ernst-Flaskamp Ursula (34)   | 30. Steinbrenner Sepp (17)      |
| 4. Weiß Christian (34)          | 31. Weber Hans-Joachim (17)     |
| 5. Helmerich Michael (33)       | 32. Welte Johannes (17)         |
| 6. Glatzl Hans-Edmund (30)      | 33. Leunissen-Weikl Miriam (16) |
| 7. Mauritz Dr. Markus (30)      | 34. Schmeiser-Weiß Kerstin (15) |
| 8. Ammer Rudolf (29)            | 35. Beer Gerhard (14)           |
| 9. Brauer Gernot (29)           | 36. Beuth Ralph (14)            |
| 10. Deller-Leppert Barbara (28) | 37. Semmler Martin (14)         |
| 11. Wolf-Götz Renate (28)       | 38. Kohl Isolde (13)            |
| 12. Ascherl Andreas (27)        | 39. Zitzelsberger Wulf (13)     |
| 13. Gillitzer Hans (25)         | 40. Fabritius Dieter (12)       |
| 14. Wunder Werner (25)          | -----                           |
| 15. Reiter Johanna (24)         | <b>Ersatzdelegierte:</b>        |
| 16. Schmidt Susanne (24)        | 41. Girschner Stefan (12)       |
| 17. Schmidt Dietmar (23)        | 42. Götz Hans-J. (12)           |
| 18. Toumia Zohra (22)           | 43. Michel Johannes (12)        |
| 19. Weidmann Barbara (22)       | 44. Schantz Andreas (11)        |
| 20. Bauer Wolfgang (21)         | 45. Schöne Bernd (11)           |
| 21. Hahne Peter (21)            | 46. Weigl Stefan (11)           |
| 22. Schumann Thomas (21)        | 47. Dietrich Dagmar (10)        |
| 23. Söhnlein Eike (21)          | 48. Mittenzwei Ingfrid (9)      |
| 24. Bergbauer Franz (19)        | 49. Schäfer Josef (9)           |
| 25. Kühnl E. Carmen (19)        | 50. Balb Dieter R. (4)          |
| 26. Mühlbauer Stephan (18)      |                                 |
| 27. Didczuhn-Faber Monica (17)  |                                 |

### **Tagesordnung IV.: Anträge:**

Satzungsändernde Anträge liegen 2012 nicht vor.

#### **Antrag B 1**

**Antragsteller: Geschäftsführender Vorstand**

**Betreff: Resolution des Bayerischen Journalistentages 2012 zum Schutz des geistigen Eigentums in der digitalen Gesellschaft**

Der Antrag B 1 wird bei einer Gegenstimme angenommen. (Antragstext siehe Anlage)

#### **Antrag B 2**

**Antragsteller: AK Medienethik des Landesvorstandes auf der Klausurtagung**  
**Betreff: Resolution des Bayerischen Journalistentages 2012 zur Medienethik**

Der Antrag B 2 wird einstimmig angenommen. (Antragstext siehe Anlage)

#### **Antrag B 3**

**Antragsteller: Geschäftsführender Vorstand**  
**Betreff: Wiedereinführung des bundeseinheitlichen Presseausweises**

Der Antrag B 3 wird einstimmig angenommen:

Die Landesverbände werden aufgefordert, sich bei den Abgeordneten der jeweiligen Landtage und den Innenministern für eine Wiedereinführung des bundeseinheitlichen Presseausweises einzusetzen und so die Forderung des DJV an die Innenministerkonferenz zu unterstützen.

Stefan Weigl regt an, den Ausweis bei den Messegesellschaften bekannt zu machen.

#### **Antrag B 4**

**Antragsteller: Geschäftsführender Vorstand**  
**Betreff: Verbandsklagerecht bei Gemeinsamen Vergütungsregeln**

Der Antrag B 4 wird einstimmig angenommen:

Der DJV-Bundesvorstand fordert den Gesetzgeber auf, ein Verbandsklagerecht im Urhebergesetz zu verankern, das auf die Einhaltung der Gemeinsamen Vergütungsregeln gerichtet ist.

#### **Antrag B 5**

**Antragsteller: Geschäftsführender Vorstand**  
**Betreff: Europäische Datenschutz-Verordnung**

Der Antrag B 5 wird einstimmig angenommen:

Der DJV-Bundesvorstand fordert die Bundesregierung und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, sich dafür einzusetzen, dass die hohen deutschen Datenschutz-Standards nicht aufgrund der neuen EU-Datenschutz-Verordnung massiv unterschritten werden.

#### **Antrag B 6**

**Antragsteller: Geschäftsführender Vorstand**  
**Betreff: Keine Bespitzelung von Journalisten durch den Bundestrojaner**

Der Antrag B 6 wird einstimmig angenommen:

Der DJV-Bundesvorstand fordert das Bundesjustizministerium auf, durch eine Gesetzesinitiative dafür Sorge zu tragen, dass Journalisten nicht länger durch den Einsatz eines Trojaners ausgespäht werden dürfen.

#### **Antrag C 1**

**Antragsteller: Fachgruppe Tageszeitungen**  
**Betreff: Höhere Zuführung zum Solidaritätsfonds**  
**(Der Betreff wird berichtigt, da der Streikfonds beim DJV offiziell Solidaritätsfonds heißt.)**

Der Vorsitzende der Fachgruppe Tageszeitungen, Karl-Heinz Dix, spricht sich für den Antrag in der Fassung der Antragskommission aus. Wolfgang Grebenhof erläutert zu dem Antrag, dass ein Signal von Bayern für die Zuführung zum Solidaritätsfonds ausgehen solle, dass der BJV für die höhere Zuführung stehe. Sodann erfolgt die Abstimmung über den Antrag in der Fassung der Antragskommission. Der Antrag wird bei drei Gegenstimmen und einer Enthaltung angenommen:



Der DJV-Gesamtvorstand wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Verbandstagsbeschluss von 2011 umgesetzt wird und die Zuführung zum Solidaritätsfonds wieder in angemessener Höhe erfolgt. Konkret bedeutet dies, dass die Landesverbände ab 2013 wieder wie früher einen Euro pro Mitglied und Monat abführen sollten.

#### **Antrag C 2**

**Antragsteller: Fachgruppe Tageszeitungen**

**Betreff: Keine Absenkung der Streikunterstützung**

Karl-Heinz Dix als Vorsitzender der antragsstellenden Fachgruppe Tageszeitungen spricht sich für die Fassung der Antragskommission aus. In dieser Fassung wird der Antrag bei drei Gegenstimmen und drei Enthaltungen angenommen:

Der DJV-Gesamtvorstand wird aufgefordert, die Streikunterstützung in bisheriger Höhe weiterzuführen.

#### **Antrag C 3**

**Antragsteller: AK Tarife des Landesvorstandes auf der Klausurtagung**

**Betreff: Selbstbewußte Strategie für die nächste Tarifrunde Tageszeitungen**

Der Antrag C 3 wird bei einer Enthaltung angenommen:

Der DJV-Bundesvorstand und der Gesamtvorstand als große Tarifkommission werden aufgefordert, mit einer selbstbewussten Strategie in die nächste Tarifrunde für die Redakteurinnen und Redakteure an Tageszeitungen zu gehen. Ziel muss es sein, nach mehreren Null- und Negativrunden nun einmal ein spürbares Gehaltsplus herauszuholen. Mit einer von vornherein defensiv angelegten Taktik ist dieses Ziel nicht zu erreichen.

#### **Antrag C 4**

**Antragsteller: AK Tarife des Landesvorstandes auf der Klausurtagung**

**Betreff: Modernisierung des Manteltarifvertrags Tageszeitungen sowie des Tarifvertrags über das Redaktionsvolontariat**

Der Antrag C 4 wird bei einer Enthaltung angenommen:

Der DJV-Bundesvorstand und der Gesamtvorstand als große Tarifkommission werden aufgefordert, eine grundlegende Modernisierung des Manteltarifvertrages für Redakteurinnen und Redakteure an Tageszeitungen und des Tarifvertrages über das Redaktionsvolontariat an Tageszeitungen anzustreben.

#### **Antrag F 1**

**Antragsteller: FG Freie und Bezirksverband München / Oberbayern**

**Betreff: Gemeinsame Vergütungsregeln**

Wolfgang Seemann, der Vorsitzende des (mit-)antragsstellenden Bezirksverbandes München / Oberbayern schließt sich der Fassung der Antragskommission an. Diese wird einstimmig angenommen:

Die Mitgliederversammlung fordert den Geschäftsführenden Vorstand/Landesvorstand auf, erneut Gespräche mit den Tageszeitungsverlagen aufzunehmen, um die Durchsetzung der Gemeinsamen Vergütungsregeln zu erreichen. Außerdem dürfen hauptberuflich tätige freie Journalistinnen und Journalisten, die die Ihnen nach den Vergütungsregeln zustehenden Honorare geltend machen, nicht von weiteren Auftragsvergaben ausgeschlossen werden.

#### **Antrag F 2**

**Antragsteller: FG Freie und Bezirksverband München / Oberbayern**

**Betreff: Aktions-Budget für Gemeinsame Vergütungsregeln**

Wolfgang Seemann folgt auch hier dem Antrag der Antragskommission. Karl-Heinz Dix spricht sich ebenfalls für den Antrag der Antragskommission aus, da es besser sei, den Betrag nicht definitiv festzulegen. Der Antrag wird in der Fassung der Antragskommission bei 7 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen angenommen:

Für Aktionen zur Durchsetzung der Gemeinsamen Vergütungsregeln wird im Etat 2013 ein angemessenes Budget eingeplant.

### **Antrag F 3**

**Antragsteller: FG Freie und Bezirksverband München / Oberbayern**

**Betreff: Faire Zusammenarbeit von Festen und Freien**

Gernot Brauer stellt hierzu folgenden Änderungsantrag:

„Der DJV erinnert alle festangestellten Mitglieder an die geltenden Regeln zum fairen Umgang mit den Freien“, wie er im Antrag B 2 zum Verbandstag des DJV – NRW gefordert wurde.

Michael Anger schlägt vor, dass der Bundesfachausschuss Freie vor dem Verbandstag einen derartigen Antrag einbringen sollte. Wolfgang Grebenhof äußert, dass der Antrag nicht schaden, sondern nur nutzen könne. Der Änderungsantrag von Herrn Brauer wird zur Abstimmung gestellt. Er wird bei 6 Enthaltungen angenommen.

### **Antrag F 4**

**Antragsteller: Dr. Ernst Deubelli**

**Betreff: KSK und Gemeinsame Vergütungsregeln**

Gernot Brauer regt folgende Änderung des Antrags an:

„Die Geschäftsführung des BJV wird gebeten, alle juristisch und politisch möglichen Mittel zu prüfen, um die Künstlersozialkasse in Deutschland in die Pflicht zu nehmen, für die bei ihr versicherten freiberuflichen Journalisten die in den vom DJV und ver.di mit den Verlegern ausgehandelten „Gemeinsamen Vergütungsregeln“ vorgesehenen Mindestsätze als Behörde als Grundlage für die Sozialversicherung einzuklagen oder per Zoll-Aktion einzufordern, falls Verlage sich nicht an die vereinbarten Vergütungsregeln halten. Sie wird einen Termin mit der KSK vereinbaren.“

Der Änderungsantrag von Herrn Brauer wird zur Abstimmung gestellt und bei 7 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen angenommen.

### **Antrag G 3**

**Antragsteller: Reinhold S. Bonfig**

**Betreff: Einrichtung eines Aktionsfonds für Freie**

Der Antragssteller Reinhold Bonfig zieht den Antrag G 3 zurück.

### **Tagesordnungspunkt V.: Bekanntgabe der Wahlergebnisse (siehe jeweils unter Tagesordnungspunkt III bereits angegeben)**

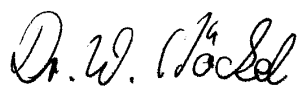
Im Anschluss wird das Abstimmungsergebnis der Delegiertenwahl bekanntgegeben.

### **Tagesordnung VI.: Verschiedenes**

Daniela Albrecht weist zum Abschluss der Veranstaltung auf die Ausstellung „PRESSEFOTO BAY-ERN 2011“ in der Sparkasse Deggendorf hin, die dort im Anschluss um 18.30 Uhr eröffnet wird, sowie auf die Abendveranstaltung in der Stadthalle Deggendorf und gibt noch bekannt, dass sie Ausfahrtickets für das Parkhaus der Stadthalle habe. Das Parkhaus schließe um 2.00 Uhr morgens. Michael Helmerich informiert darüber, dass die nächste Mitgliederversammlung 2013 vom Bezirksverband Mainfranken organisiert werde.

### **Tagesordnung VII.: Schlusswort des Vorsitzenden**

Zunächst lädt Dr. Stöckel herzlich zur Ausstellungseröffnung in der Stadtparkasse Deggendorf ein, man treffe sich um 18.15 Uhr im Foyer der Stadthalle. Er dankt allen Mitgliedern für ihre Teilnahme und zitiert zum Abschluss Karl Valentin. Dieser habe gesagt „Weißt Du, wo ich hin will“. Der BJV wolle niemanden übervorteilen, er wolle seine Rolle im DJV zum Wohle der Journalisten spielen. Er wünscht nun allen einen schönen Netzwerkabend.



Dr. Wolfgang Stöckel  
1. Vorsitzender



Margit Conrad  
Schriftführerin



Jutta Müller  
Geschäftsführerin

Für das Tagungspräsidium:



Michael Helmerich

## **Antrag B 1**

**Antragsteller: Geschäftsführender Vorstand**

**Betreff: Resolution des Bayerischen Journalistentages 2012 zum Schutz des geistigen Eigentums in der digitalen Gesellschaft**

Im Zusammenhang mit der rasanten Entwicklung digitaler Technologien gerät das Urheberrecht immer mehr unter Druck. Eine Reihe von Initiativen fordert sogar eine grundlegende Änderung des Urheberrechts.

Journalisten verweigern sich nicht einer Anpassung des Urheberrechts an die veränderten Anforderungen der digitalen Informationsgesellschaft. Aber neue Regelungen haben dem Grundsatz Rechnung zu tragen, dass die berechtigten Interessen der Kreativen nicht ungebührlich verletzt werden. Die Herausforderung dieser Tage besteht vielmehr darin, neue Modelle der Wertschöpfung und der Vergütungs-Gerechtigkeit zu finden.

Die Sozialbindung des Eigentums darf nicht dazu missbraucht werden, das Interesse an kostenlosem Konsum aus dem Internet zu befriedigen. Ebenso wenig kann die Antwort auf die massenhafte Missachtung geistigen Eigentums darin bestehen, dass Kreativen ihr mühsam erstrittenes Recht auf angemessene Vergütung geschmälert wird.

Ein Bewusstsein für die maßgebliche Bedeutung eines ausreichenden Urheberschutzes als Anreiz für kreatives Werkschaffen muss in der Gesellschaft wieder neu verankert werden.

Bei einer Anpassung des Urheberrechts sind deshalb folgende Leitlinien zu beachten:

### **1. Jede Leistung hat ihren Preis**

Das Internet darf nicht zum Selbstbedienungsladen für Werke der Urheber verkommen. Daher fordert der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) die politisch Verantwortlichen und den Gesetzgeber auf, von allen Überlegungen Abstand zu nehmen, rechtswidrige Nutzungen im Internet faktisch zu legalisieren und das Urheberrecht als Eigentumsrecht in der digitalen Welt zu entwerten.

### **2. Kreative haben Anspruch auf angemessene Vergütung**

Alternative Modelle einer pauschalen Vergütung gewährleisten nicht, dass die Urheber eine adäquate Gegenleistung für die Nutzung ihrer Werke im Internet erhalten. Ohne entsprechende Anreize aber droht nicht nur die kulturelle Vielfalt Schaden zu nehmen. Wenn Journalisten keine fairen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für ihre Arbeit finden, ist auch die Wahrnehmung der öffentlichen Aufgabe der Presse bei der demokratischen Willensbildung bedroht.

### **3. Ein neues Urheberrecht darf sich nicht nur am Interesse der Nutzer orientieren**

Eine Anpassung des Urheberrechts an die digitale Welt kann nicht darin bestehen, Nutzern kostenfrei und schrankenlos die Verwendung von kreativen Inhalten zu erlauben. Bei Sachgütern besteht kein Zweifel daran, dass ein Diebstahl verboten ist. Dieser Grundsatz muss auch für den Umgang mit geistigem Eigentum im Internet gelten. Ein neues Urheberrecht darf sich nicht überwiegend am Interesse des Nutzers orientieren. Vielmehr muss es zum Ziel haben, die Position der ohnehin gerade im journalistischen Bereich wirtschaftlich und strukturell unterlegenen Urheber gegenüber der Medienwirtschaft zu stärken.

### **4. Alternative Finanzierungsmodelle sichern keine angemessene Vergütung**

Der DJV lehnt alternative Finanzierungsmodelle, wie z.B. eine Kulturflatrate oder Social-Payment-Systeme ab, da diese die angemessene Vergütung in ihrer derzeitigen Form nicht sichern. Solche Modelle können den Ausfall der Vergütung, die journalistische Urheber durch die eigene Verwertung ihrer Werke im Netz erzielen könnten, nicht kompensieren.

### **5. Der Urheber muss die Kontrolle über die Nutzung seiner Werke behalten**

Journalisten sollen weiterhin die Nutzung ihrer Werke untersagen können, wenn sie in einem politisch, weltanschaulich oder moralisch fragwürdigen Umfeld erfolgt. Die Urheberpersönlichkeitsrechte sind verfassungsrechtlich geschützt und dürfen nicht angetastet werden.

### **6. Keine Verkürzung von Schutzfristen**

Die geltenden urhebergesetzlichen Schutzfristen sichern dem Urheber eine angemessene Verwertung seines geistigen Eigentums. Ein entgegenstehendes überwiegendes Allgemeininteresse, das eine Verkürzung der Schutzfristen rechtfertigen würde, ist nicht ersichtlich.

## **Antrag B 2**

**Antragsteller: AK Medienethik des Landesvorstandes auf der Klausurtagung**

**Betreff: Resolution des Bayerischen Journalistentages 2012 zur Medienethik**

Ereignisse, wie beispielsweise die Berichterstattung zum schweren Busunglück im Wallis, rücken Fragen nach dem Selbstverständnis der Journalisten und der Medienethik wieder vermehrt in den Vordergrund. Nach dem Pressekodex ist die Wahrung der Menschenwürde oberstes Gebot der Presse. Das Privatleben und die Intimsphäre des Menschen sind zu achten, auf eine unangemessen sensationelle Darstellung von Gewalt ist zu verzichten.

Der Medienethik muss wieder ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. Der DJV fordert deshalb von den Medienunternehmen, den Journalisten und den Aus- und Weiterbildungseinrichtungen:

1. Die Medienunternehmen dürfen dem Kampf um Auflage und Profit nicht die Einhaltung der ethischen Grundsätze opfern.
2. Die DJV Mitglieder treten in den Redaktionen aktiv für die Einhaltung der Regeln des Pressekodex ein.
3. Unverzichtbarer Bestandteil der Ausbildung muss der Pressekodex und das Thema Ethik sein.
4. Es ist nicht Aufgabe der Medien, öffentlichen Voyeurismus zu fördern. Medienunternehmen und Journalisten sind aufgefordert, der wachsenden Sensationsgier nicht nachzugeben.